

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Willen, Lust und der Frauen- und Jugendzeitung entweder monatlich 30 Pf. oder die Zeit beigemessen jährlich M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-M. 5.— Erkennen Sie mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Dr. Grunerstraße 14, II. Tel. 3465.
Sprechstunde nur zwischen 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Dr. Grunerstraße 14. Tel. 1769.
Geldübersicht von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die eingetragene Zeitung mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens 10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 126.

Dresden, Sonnabend den 3. Juni 1911.

22. Jahrg.

Pfingstgelt.

Am Tage der Pfingsten noch am frühen Morgen hatten sich die Jungen versammelt, da erhob sich ein Brausen und stellte das ganze Dorf, darin sie saßen. Jungen erschienen ihnen zerteilt als wie vorher und sie begannen in neuen Sprachen zu predigen. Das Volk wußte sich, um zu lauschen Männer aus allerlei Landen, aber jeder seine Sprache. Der heilige Geist war über alle ausgegossen. Sagt nicht, sagt nicht: Dies ist alter Legendenstrom, der uns weiter hilft. Seht doch, in allen Menschenstimmen liegt eine ewige Kraft, die irgendwann Erfüllung findet. Am Tage der Pfingsten saß am Morgen hatten sich die Jungen versammelt. Klingt es wie eine große Prophezeiung? Seht zurück auf die Zeit der ehemaligen Arbeiterbewegung. Wedels waren es, die sich zusammensetzten? Eine Handvoll Jünger. Aber ein Brausen hob sich und führte durch das ganze Gedächtnis dieser Gesellschaft. So saß aufscheinen. Wenn Dasselfeine seine Stimme erhebt, wenn Marz beginnt, wenn Riedel und Bebel von Trieben zu sein — ist es nicht so, als erschienen Jungen zerteilt wie zuerst? Und Volk sammelte sich und horchte hin, Männer aus allen Landen, Hämmerer und Hodler, Schäfer und Schiffer, Deutsche aus dem Nord und Süden, Europa und Asien, aber jeder hört Sprache. Es ist keine Regende mehr. Tiefe Wohlsehnsucht erscheint. Ein heiliger Geist ist über die Menschheit ausgegossen. Und er werden ihrer immer mehr, die ihn verfolgen. In die einen wächst das Heer der harrenden Hörer. Und siehe: sie sind misert und werden nicht traurig und sprechen nicht einer zum anderen: Was will das werden? Der Geist, den sie führen, ist nicht jungen her über gekommen. Seine Heiligkeit ist neuer Ankunft ihres Quells, aus ihrer Tiefkraft, aus ihrem Willen ist er ausgefahren, geprägt durch klare Erkenntnis. Die Macht, die sie treibt, ist nicht drinnen in der Welt und nicht droben irgendwo im Himmel. Wo Schott neben Schott wohnt, wo Lautende um Lautende kehren um fernen Völkern, Schäfer haben, die sie nicht genießen. Sie kehren, darin sie nicht wohnen, dort in diesen Millionen entzünden Flammen und Herzen ist der Pfingstgelt der Gegenwart nach dem und füllt die Erde mit seinem mächtigen Brausen.

Der Ozean hat zu hören, wer Augen hat zu sehn, der lausche die Tage von heute, der sehe hin auf diese mecumspannenden Aktionen, auf dieses alte Kleid bewegende Schaffen, der er die ungewisse Umgestaltung, die das geistige Leben der Menschen hat, und es wird niemand mehr fragen: Was will das sein?

Sonst das werden will? Eine neue Welt kommt heraus. Ein gewisser segnet die Menschheit. Aus den Armen und Niedrigkeiten werden Begründer und Gelder. Eine Sprache ist erklingen, Einigung findet in allen Denken und Fühlern: Verbreiterung darüber! Auszuschalten gilt es alle Ausbeutungshauer und alle die Selbstsucht. Die Tag um Tag alle Räder im Lande laufen, haben sich zusammengetan, entschlossen, dem Unrecht und dem Reichen in die Speicher zu greifen. Die Tag um Tag mit Hammer und Sichel schlagen, die haben sich zusammengetan, vereint, eine Gesellschaft heranzutragen, unvergleichlich an Schönheit und Vollung.

Etwas gab es in Galliläa, die verstanden die neue Bewegung. Apostel und waren ihnen Trunkenheit vor. Der Erzbischof verzerrt seine eigene Widerwertigkeit mit Vorliebe in Segen. Heute sind es nicht etliche, die wider uns stehen. Eine Klasse ist es voll Selbstsucht und voll Macht. Es sei. Wir lauchten in unserer Kampfesfreude. In wenigen Monaten zu einer ersten Kämpferprophete kommen, die wieder einmal zeigen, wie tief, wie massenartig die Idee des Sozialismus ihre Wurzeln in den deutschen Boden.

Es ist noch früh am Morgen. Wer das Brausen des neuen Tages liegt durch die Welt. Wer den Sinn der Zeit erfaßt, dem ist die Zukunft in lachroter Erwartung: das größte Pfingstwunder kehrt, die Erneuerung der menschlichen Gesellschaft.

Mehrstimmrecht oder gleiches Wahlrecht?

Die Angst vor dem Siegesmarsch des gleichen Wahlrechts drückt einem Mitarbeiter der freikonservativen Post die Seele in die Hand. Er kann und will nicht glauben, daß das preußische Wahlrechtsproblem auch einmal in Preußen seinen amphienden Ring halten könnte. Gwar hat er schriftlich „vorausgeschaut“, daß die sozialdemokratische Presse verhindern werde, die Einführung des gleichen Wahlrechts in Elsass-Lothringen für die preußische Wahlrechtsbewegung zu frustrieren, doch flammert er sich an die Erklärung des Fürstenblow, daß das Reichstagswahlrecht mit den Landesinteressen zusammen nicht vereinbar sei, und verschert trostend, daß auch Dr. Behmann-Hollweg auf dem Grundjahr der Stimmenzählung beharrte. Nach seiner Meinung — und der Wann-Wahlunterricht — unterliegt es denn auch keinem Zweifel, wenn immer die Reform des preußischen Wahlrechts sich das Ministerium Behmann wieder aufgenommen wird, die Regierungsvorlage unverändert auf der Grundlage der Einführung des Wahlrechts nach dem bisherigen Gewicht der Wahlstimmen aufgebaut sein wird.

Der wohlunterrichtete Mitarbeiter der Post spielt den beiden, wenn die „Erklärungen“, die die Minister von sich geben, und die „Grundsätze“, auf denen sie beharren, unverbrechlich wären, dann lohnte es sich überhaupt nicht, eine

Wahlrechtsbewegung erst zu beginnen. Aber die Erfahrung aller Länder, auch die neuere Erfahrung im Deutschen Reich lehrt, daß alle Hindernisse zerplatten und weggeschwunden werden, wenn Wahlrechtsbewegungen die nötige Energie entwickeln und mit taktischem Geschick geführt werden. Noch vorneige Lage vor dem Abschluß der elzach-lothringischen Verfassung vertraten sehr maßgebende Vertreter der bürgerlichen Linken die Überzeugung, daß nach den bindenden und bestimmten Erklärungen der Regierung an eine Befreiung des Mehrstimmrechts nicht zu denken sei. Und siehe da, es kam anders!

Dasselbe, was von den Erklärungen der Regierung gilt, gilt auch von ihren Wahlrechtsvorlagen. Gewiß muß man Herrn v. Behmann-Hollweg nach seiner ganzen Vergangenheit, trotz des elzäischen Ausnahmefalls, die Toheit trauen, er werde bei seiner nächsten Wahlrechtsvorlage die Privilegien des Junkerthums und der Bourgeoisie auf irgendeine Weise erhalten verhindern. Allerdings, wenn der Ministerpräsident wirklich wie der Generalstaatsmann der Post behauptet, verlügen sollte, daß neue Wahlrecht „nach dem bisherigen Gewicht der Wahlstimmen abzufassen“, so wäre eine solche Reform keine Reform, und die Regierung müßte wegen sinnloser Ver schwendung des Papieres, worauf ihre Vorlage gedruckt ist, zur Rechenschaft gezogen werden.

Zudem kann man es Herrn v. Behmann-Hollweg überlassen, sich über seine Wahlreform den Kopf zu zerbrechen. Für die Anhänger der Vernunft, die Verfechter des gleichen Wahlrechts liegt die Sache viel einfacher, und alles, was die Regierung tut oder unterläßt, erklärt oder verschweigt, wird ihnen zum Vorteil dienen. Nach allem, was gewesen ist, könnte eine Wahlreform, die nicht das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht bringt — läme sie natürlich zu stande — weiter nichts sein als eine Etappe zum gleichen Recht. Sofort nach ihrer Vollendung würden die Kämpfe von neuem beginnen und sie würden mit wachsender Festigkeit fort dauern, bis der Siegespreis gewonnen ist.

Die Regierung kann den Sieg des gleichen Wahlrechts in Preußen nicht mehr verhindern, sie kann ihn nur noch erschweren und aufhalten. Sie steht vor der Frage, ob sie durch einen beherzten Abschluß dem Staat ein Ende bereiten soll, oder ob sie den Kampf ums Wahlrecht verschleppen, die Ruhe des Landes bewahren und die Zahl der Opfer in gewissenlosen Weise vermehren will. Die Regierung sollte bedenken, ob etwa der König von Preußen seine „Unterthanen“ erschrecken lassen kann, weil sie eine Reform fordern, die er versprochen hat, und weil sie ein Recht verlangen, das er den Elzah-Lothringern gewährte!

Nein, alle vernünftige Erwägung spricht dafür, daß es jetzt nur noch eine Lösung der preußischen Wahlrechtsfrage gibt, das ist die schnelle Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts. Diejenigen, die sich dieser vernünftigen Erwägung verschließen, werden vor der Geschichte die Verantwortung für die Folgen zu tragen haben.

Die Staatswirtschaft der schweizerischen Republik.

Z. Der schweizerische Bundesrat hat förmlich die eidgenössische Staatsrechnung pro 1910 veröffentlicht, deren Studium an sich schon und im Vergleich mit anderen Staatsrechnungen, z. B. solchen von Monarchien, manches Interesse bietet.

Der Abschluß der eidgenössischen Staatsrechnung für das vergangene Jahr hat unerwartet günstige Resultate gezeigt, weil infolge der eingetretenden wirtschaftlichen Besserung die Sozialleistungen, die den Hauptposten in der Bedeutung bilden, überraschend stark weiter gesiegen sind. Das Budget hatte bei 155.83 Mill. Franken Einnahmen und 169.99 Mill. Franken Ausgaben ein Defizit von 4.36 Mill. vorzusehen, das sich aber durch die Nachtragsfideikredit von 11.76 Mill. erhöht hatte, dem gegenüber schaffte die Rechnung bei 166.61 Mill. Einnahmen und 181.33 Millionen Ausgaben mit einem Überschuss von 5.3 Mill. so sich die Rechnung um 17.29 Mill. besser stellt als das Budget. Diese Befestigung ist verurteilt durch Sozialleistungen von 11.25 Mill. und Minderausgaben von 6.03 Mill.

Die Hauptsumme der verfügbaren Mittel liefern dem Lande die 80.811, die 80.86 Mill. Franken Einnahmen ergaben, um rund 8 Mill. mehr als budgetiert waren, und um 6 Mill. mehr als 1909.

Diese Summe sollten nach den Berechnungen des Bundesrates die Höhe erst im Jahr 1914 erreichen; sie wird dann aber voraussichtlich erheblich höher sein, beträgt sie doch schon in den ersten vier Monaten des laufenden Jahres mit 26.02 Mill. um 1.20 Mill. mehr als in der gleichen Zeit des Vorjahrs.

Die Sozialleistungen bilden auch für die Schweiz eine Summe, die alle anderen schweizerischen Staaten das Rüstzeug ihrer Finanzen, was für die Staatswirtschaft ein fauler Zustand und

daß das Volk eine ungerechte und schwere Belastung ist. Der Großteil der Bevölkerung belasten sich die Sozialleistungen der 370000 Einwohner auf 22 Franken, für eine fünftausendfache Familie auf 110 Franken.

Die größte Polsterei der Sozialleistungen verschlang mit 42% Millionen der Militärismus, eine Summe, die eine relativ geringe Ausgabe für ein so kleines Land, wie die Schweiz es ist, bedeutet und mit der Größe zur Förderung und Erfüllung von Kulturaufgaben geleistet werden könnte. Für die Arbeiter speziell ist diese Belastung um so bedauerlicher und bedenklicher, als daß schweizerische Militär immer öffentlicher gegen den Unteren Feind, gegen die um Lust und Nicht ringende Arbeiterschaft bestimmt erscheint.

Im den Ausgaben des handels-, Industrie- und Handelsministeriums mit 12.579.000 Franken sind die 5.400.000 Franken Subventionen an die Agrarier enthalten, die sie unter allen möglichen und unmöglichen Zielen erhalten, ferner auch die Auswendungen für die Sozialpolitik. Hier figuren 89.913 Franken für die zehn Beamten der Fabrikationsstellung, 20.000 Franken für das Unternehmenssekretariat des schweizerischen Gewerbevereins, 30.000 Franken für das schweizerische Arbeiterssekretariat, 12.000 Franken für die Internationale Vereinigung für gesetzliche Arbeiterschutz, 35.473 Franken für das Arbeitsamt, 1.492.652 Franken für hauswirtschaftliche und gewerbliche Berufsbildung des weiblichen Geschlechts und 4 Mill. Franken Einlagen in den Versicherungsfonds, der Ende 1910 33.30 Mill. betrug, "w" Ende 1911 40.80 Mill. betragen wird, da das Budget für 1911 in weitere Einlagen von 5 Mill. vorsteht und aus dem Überschuss der Staatsrechnung pro 1910 eine außerordentliche Einlage von 1 Mill. erfolgen soll. Da der Jahresüberschuss des Bundes für die Renten- und Unfallversicherung 7 bis 8 Mill. betragen wird, bedeutet der Versicherungsfonds eine sehr schöpferische finanzielle Vorarbeit.

Die gesamten Ausgaben für die oben angeführten sozialpolitischen Zwecke beliefen sich in 1910 auf rund 6½ Mill. Franken, die nur den sechsten Teil der Militärausgaben und nur den 25. Teil der Gemeinkosten bilden, also ein gewiß nur bescheiden finanzieller Aufwand für die Sozialpolitik sind.

Die schweizerische Bundesregierung ist im Verhältnis zu den älteren Landesräten der monarchischen Staaten und zu den hochbezahlten monarchischen Ministerien billig, denn sie kostet insgesamt nur 107.000 Franken. Jeder der sieben Bundesräte erhält eine jährliche Bezahlung von 15.000 Franken, der Bundespräsident, der jedes Jahr abwechselnd ein anderes Mitglied des Bundesrates ist, 2000 Franken mehr, also 11.000 Franken. Man könnte einen schlechten Witz machen und sagen: „Billig und schlecht“, aber man würde damit der schweizerischen Bundesregierung unrecht tun, denn als „Verwaltungsbauhaus“ der bestehenden und bestehenden Klößen wählt sie deren Interessen gewiß so gut als die Regierung in Berlin, und darauf allein kommt es an im kapitalistischen Kloßstaat, nicht etwa darauf, ob und eventuell inwiefern sie der Arbeitersklasse tatsächlich hilft.

Die Aktien des Bundes beließen sich Ende 1910 auf 241.50 Millionen die Posten auf 121.80 Mill., so daß das reine Vermögen 120.10 Mill. betrug, um 8 Mill. mehr als Ende 1909. Die Posten bestehen in der Haushalte aus den 117 Mill. Staatsanleihen.

Bei defizitärer Einbildung in die vorliegende Staatsrechnung liege sich noch manche unübliche Ausgabe anführen. Es mögen nur erwähnt sein die 2.08 Mill. für die Volksschule, 1.15 Mill. für Schulförderungen an das eidgenössische Polytechnikum in Zürich, 3 Mill. für Hochschulförderungen usw.

Wir haben keinen Nutzen, der kapitalistischen Klassenherrschaft in der Schweiz Pod zu spenden, aber die Verwaltung ist doch eine vernünftigere als in vielen monarchischen Staaten, wo allein schwere Millionen aus den Steuergeldern des Volkes nur für Prunk und Repräsentation, für Reisen, Empfänge, Schäffer usw. aufgewandt werden und im Parlament dann Minister erklären müssen, daß sie andere, nützliche und notwendige Zwecke kein Geld vorhanden ist. Zugleich liegen sich allerdings auch in der Schweiz noch viele Missionen, nämlich an den Militärausgaben, ersparen und zur Förderung der Volkswirtschaft, insbesondere im Interesse der Arbeiter verwenden. Eine stärkere und einflussreichere Sozialdemokratie könnte in dieser Begleitung viel Gutes schaffen.

Die französische Wahlreform.

Aus Paris wird uns geschrieben:

p. o. Am letzten Sonntag hat in der Deputiertenkammer die Debatte über die Wahlreform-Vorlage begonnen. Drei Redner, die Republikaner Deschanel und Meunier und der Sozialist Mailly, forderten bei diesem ersten Turnier den Propos und nur einer, der Radikal-Sozialist Maginot, sprach sich für die Erhaltung des bestehenden Abstimmungswahlrechts aus, mit Argumenten, die Jaurès erlaubten, ihm zugutzufliegen: „Sie bekommen ja, was Sie empfehlen, in Grund und Boden.“ Im übrigen verließ diese erste Sitzung sehr ruhig. Wer erwartet hätte, daß es gleich zu leidenschaftlichen Zusammenstößen zwischen den Anhängern und den Gegnern der Wahlreform kommen würde, sah sich schwer enttäuscht. Ein Drittel des Kammerhauses war leer. Und die meisten der Anwesenden schienen sich zu langweilen, so daß selbst Herr Deschanel, der zu den parfümiertesten Schönheiten der Kammer gehört und sich im allgemeinen rühmen darf, das Ohr der Kammer zu haben, mit einer Unruhe der Abgeordneten zu kämpfen begann. Besonders die radikal-sozialistische Fraktion aber wenigstens jener Teil von ihr, der dem Propos feindlich gesinnt ist, machte vorwiegend Spottanrufe und nie schien die Herren an die Wähler ihrer Abstimmung bringen zu können, die Rechte zu schreiben gehabt zu haben, als gäbe es, wo es galt, dieses Abstimmungssystem dem ersten Schnitt zu unterziehen. Es zeigte sich sofort, daß eine sehr große Anzahl der radikal-sozialistischen Abgeordneten gekommen ist, den Anhängern der Reform und vor allem den Republikanern, einen Kampf bis aufs Messer zu liefern. Selbst die Bürgerlich von Combes und von Pellegrin gegen das jetzige Einzelwahlrecht abweichen. Ihre Befestigung haben einen Teil der wildesten Abstimmungssystemen“ unterdrückt gelassen, die Angst haben, daß eine Wahlreform ihnen den Sitz kosten könnte.

Allerdings sind es auch ernste, unpersönliche Bedenken, die gewisse Radikal-Sozialisten zu Feinden des Propos machen. Aber abgesehen davon, daß sie eine Schwächung der radikal-sozialistischen Wahlrechtsbefürworter prophezeien sie eine direkte Säterschaftung der ausgestopften reaktionären Parteien, die der Republikanerfeindlich sind, und die Forderung des Propos durch die Sozialisten genügt ihnen nicht als Garantie für das demokratische Wesen der Reform. Sie versuchen natürlich gerade diese Sorge um die Zukunft des Republik“ in den Vordergrund ihrer Argumentation zu stellen; ausschlaggebend ist aber für die meisten, die sich gegen den Propos wenden, sicher die Tatsache, daß die absolute Demokratie, die heute der einmal gewählte Abgeordnete in seinem Bezirk ausübt, und die damit verbundene Korruption durch den Propos auf ein Minimum herabgebracht würde. Besonders da man annehmen darf, daß die Wahlreform eine Einleitung zur gesamten